

Journal

■ Neuer Arbeitskreis Ethik der DGZMK

Am 19. März 2010 konstituiert sich in Frankfurt am Main der Arbeitskreis Ethik der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK). Zum Gründungskreis gehören Medizinerethiker, zahnmedizinische Wissenschaftler und niedergelassene Zahnärzte. Zahnärztliches Tun zwischen Versorgungsauftrag, Kassensystem und Ansprüchen der Wissenschaft brauche die ethische Diskussion stärker als je zuvor, so die DGZMK. Die Sitzung des Arbeitskreises ist für alle DGZMK-Mitglieder offen. Sie beginnt am 19. März um 14 Uhr in der Landeszahnärztekammer Hessen in Frankfurt-Niederad. Anmeldungen per E-Mail an dgzmk@dgzmk.de oder unter Telefon 0211 610198-0. lin/DGZMK

■ Zahntechniker: Stagnierende Umsätze

2009 stagnierten die Umsätze im Zahntechniker-Handwerk. Der kumulierte Umsatz liegt lediglich um 0,2 Prozent über dem Ergebnis des Jahres 2008. Dies zeigen die Zahlen der Konjunkturumfrage des Verbandes Deutscher Zahntechniker-Innungen (VDZI). Die Erwartungen zur Geschäftslage im ersten Quartal 2010 seien weiter von Unsicherheit geprägt, so der Verband. Über 36 Prozent der Befragten erwarten eine Verschlechterung der Auftragslage, weitere 57 Prozent gehen von einer gleichbleibenden Situation aus. lin/VDZI

■ FVDZ: Vorsicht mit Patientendaten

Der Freie Verband deutscher Zahnärzte (FVDZ) hat auf den verantwortungsvollen Umgang mit Patientendaten hingewiesen. Sowohl der Datenskanandal bei der BKK Gesundheit als auch der Kauf der Steuerdaten-CD aus der Schweiz zeigten, dass persönliche Daten in Deutschland nicht sicher seien, so der FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Karl-Heinz Sundmacher. „Heute die Steuerdaten, morgen die Krankheitsdaten, übermorgen die digitale Existenz – die Wissensgier des Staates beziehungsweise seiner Funktionäre ist unendlich“, warnt Sundmacher. „Die Lehre aus diesen Skandalen kann nur sein, dass wir digitalen Schlüsselmedien wie der elektronischen Gesundheitskarte nicht vertrauen können und ein Ausbau über die Ausweiskfunktion hinaus verhindert werden muss.“ lin/FVDZ

■ Soziale Gesundheitswirtschaft

Welchen Ordnungsrahmen braucht das Gesundheitswesen, um Patientenorientierung, Humanität und Gerechtigkeit einerseits sowie Wirtschaftlichkeit und Wettbewerb andererseits in Einklang zu bringen? Diese Frage versucht die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) im Rahmen ihrer Broschürenreihe „Zukunftsforum Politik“ zu beantworten (101/2009). Die Autoren plädieren für eine Wende im Gesundheitswesen hin zu einer werteorientierten Wettbewerbsordnung. Im Mittelpunkt soll eine Versorgungsqualität stehen, die sich an den Gesundheitsbedürfnissen der Menschen orientiert. Aufgabe des Staates solle sein, qualitative Gesundheitsziele vorzugeben. Umgesetzt werden diese Ziele – unter staatlicher Aufsicht – von den Akteuren im Gesundheitsmarkt. Versicherte und Patienten müssten in die Lage versetzt werden, verantwortungsvoll zu handeln. Dazu solle das Konzept des mündigen Bürgers stärker umgesetzt werden. Gesundheitsbildung und -erziehung sowie Prävention und Gesundheitsförderung erhielten einen höheren Stellenwert. Die Broschüre kann unter www.kas.de > Publikationen heruntergeladen werden. lin/KAS

■ Zahnärztinnen umsatzstärker

Der Dentista Club, Forum für Zahnärztinnen, Zahnmedizinistudentinnen und Wiedereinsteigerinnen, hat Dentallabore stichprobenartig zu ihrer Zusammenarbeit mit Zahnärztinnen befragt. Die Ergebnisse: Die befragten Dentallabore haben sich bisher noch keine Gedanken über das Geschlecht ihrer Auftraggeber gemacht. Der Pro-Kopf-Umsatz von Zahnärztinnen liegt in den befragten Dentallaboren meist höher im Vergleich zu Zahnärzten – bei einem Labor in Nordrhein-Westfalen bei plus 9 Prozent, in einem Labor in Brandenburg bei plus 16 Prozent. Nur in einem Labor war der Pro-Kopf-Auftragswert der Zahnärztinnen niedriger als der von Zahnärzten (minus 0,4 Prozent). Zudem seien Zahnärztinnen durchschnittlich umsatzstärker als ihre männlichen Kollegen. In einigen Laboren stellen sie den größeren Anteil an Auftraggebern. Ausgewertet wurden unter anderem die nach Geschlecht aufgesplitteten Umsatzdaten von Dentallaboren 2009. lin/Dentista Club

■ Die Deutschen mögen ihr Gesundheitssystem

Die Mehrheit der Deutschen ist gegen einen grundlegenden Wechsel im Gesundheitssystem. 72 Prozent sind der Ansicht, das bestehende Gesundheitssystem sei „im Prinzip in Ordnung und müsste nur hier und da ein bisschen verändert werden.“ Das ermittelte das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap. 27 Prozent sind dagegen der Meinung, dass „generell ein neues System“ gebraucht werde. Die Mehrheit der Bürger ist laut Umfrage bereit, mehr Geld für Gesundheit auszugeben. Allerdings halten fast drei Viertel aller Befragten den von einigen Krankenkassen angekündigten Zusatzbeitrag von acht Euro für ungerecht, „weil er unabhängig vom Einkommen für jeden gleich hoch ist.“ Wie eine Umfrage der Kölner Rating-Agentur Assekurata zeigt, würden 30 Prozent der gesetzlich Krankenversicherten bei einem Zusatzbeitrag von acht Euro ihre Krankenkasse wechseln. Bei 20 Prozent mehr Beitrag wären es sogar knapp 60 Prozent, die wechseln würden. ^{vo}

■ Information ja, Verkaufsförderung nein

Berufswidrige Werbung von Ärzten und Zahnärzten beschäftigt immer wieder die Gerichte. So hat das Verwaltungsgericht Münster einer Zahnarztpraxis untersagt, mit Begriffen wie „Sommeraktion“ oder „Zahnkrone zum Nulltarif“ zu werben. Nach Auffassung der Richter ging es den Zahnärzten in erster Linie darum, mit dem „Verkauf von Waren und Dienstleistungen Gewinn zu erzielen“. Dies entspreche weder dem Bild, das die Öffentlichkeit von Angehörigen eines Heilberufes habe, noch dem Verhalten, das man auch im öffentlichen Interesse einer geordneten Gesundheitsversorgung erwarten dürfe. Insbesondere zeitlich befristete Sonderaktionen für zahnärztliche Leistungen seien mit Gemeinwohlbelangen und einer ordnungsgemäßen zahnärztlichen Versorgung der Bevölkerung nicht vereinbar. Die Information der Patienten müsse gegenüber der Verkaufsförderung im Vordergrund stehen. Das Urteil vom 7. Oktober 2009 hat das Aktenzeichen 5 K 777/08. ^{lh}

■ Sinkende Lohnnebenkosten

Die Zusatzbeiträge, die von einigen Krankenkassen erhoben werden, sind nicht das einzige Instru-



ment, mit dem die Politik versucht, die Lohnnebenkosten zu senken (siehe Grafik). Das Ziel, die Beitragssätze für die Sozialversicherung unter 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns zu drücken, wurde zwar erreicht, dafür mussten allerdings erhebliche Steuermittel eingesetzt werden. Fraglich ist, wie lange diese Maßnahmen wirken. So gehen Experten davon aus, dass die Auswirkungen der Weltfinanzkrise schon bald wieder zu steigenden Sozialversicherungsbeiträgen führen werden. ^{ho}

■ Bürokratie lässt die Deutschen oft zum Arzt gehen

18 Mal gehen die Deutschen im Durchschnitt zum Arzt, damit sind sie im europäischen Vergleich Spitzenreiter. Das hat die Barmer GEK herausgefunden. Deren stellvertretender Vorsitzender, Rolf Ulrich, findet diese „häufige Arzttrennerei problematisch“. Die Deutsche Gesellschaft für Versicherte und Patienten e.V. (DGVP) hat kritisiert, die Barmer GEK habe in der Statistik „Äpfel mit Birnen“ verglichen, denn die Versorgung der Bürger in den Industrienationen sei unterschiedlich. Die Barmer GEK wolle suggerieren, dass das Geld in der gesetzlichen Krankenversicherung wegen der häufigen Arztbesuche nicht reicht und damit Beitragssteigerungen rechtfertigen. Laut DGVP sei die Bürokratie, der Ärzte und Patienten ausgesetzt sind, schuld an den häufigen Arztbesuchen. Die DGVP fordert die gesetzlichen Krankenkassen auf, gemeinsam mit allen Institutionen der Selbstverwaltung und der Versicherten diese Bürokratie abzubauen und damit die Effizienz im Gesundheitswesen zu steigern. ^{vo}